Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich: vierteljährl. ℳ 6. Man abonnirt ferner mit entsprechendem Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Rußland, den Donaustaaten, der Europäischen Türkei, Egypten. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim. Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 482. **Sonnabend** den 21. September 1901. 95. Jahrgang.

Die Consulatslaufbahn.

Von Otfried Nippold.

II.

Wenn man auch zugeben muß, daß zur Größe Preußens sein „Militarismus“ und „Bureaukratismus“ Vieles beigetragen haben und daß auch das deutsche Reich ihnen unendlich viel zu danken hat, so muß auf der anderen Seite doch betont werden, daß Beide für das, was man heute speciell als deutsche Weltmacht bezeichnet, eben doch nur dann gedeihlich wirken können, wenn sie mit fortschreiten, sich entsprechend weiter entwickeln. Keinesfalls dürfen sie bei dem stehen bleiben, was früher dem Kleinstaat mit seinen entsprechend kleineren Bedürfnissen genügte, denn sonst wirken sie für die „Weltmacht“ geradezu schädlich. Ueber Eines kann nämlich kein Zweifel herrschen: die spätere Weiterentwickelung Deutschlands zur Weltmacht ist, wenn sie auch nur auf der Basis dessen möglich war, was der preußische Bureaukratismus und Militarismus geschaffen hatten, doch nicht diesen zu danken, sie ist im Gegentheil trotz derselben erfolgt und einzig und allein unserem Handel und unserer Industrie zu danken. Hinter diesen darf der moderne Staat, wenn er seine Aufgaben richtig erkannt hat, auf die Länge der Zeit nicht zurückbleiben! Die Bedeutung, die man der Entwickelung unserer Flotte beilegt, zeigt, daß man auf militärischem Gebiete die Aufgaben, die die Weltmacht mit sich bringt, begriffen hat. Warum will man nicht auch auf bureaukratischem Gebiete reformatorisch vorgehen? Auch hier heißt es fortschreiten, wenn man nicht geradezu der Entwickelung hindernd im Wege stehen will! Warum will man gerade auf diesem Gebiete vom Auslande nichts lernen? Kann man eine Ehre darin erblicken, wenn man die Thatsache constatiren muß, daß unsere Kaufleute im Auslande unseren Beamten vielfach an universeller Bildung überlegen, daß sie weltmännischer gebildet sind, als die Letzteren?

Verschließt man sich ferner ganz der Thatsache, daß die Art des Auftretens unserer Beamten im Auslande oft eine wenig glückliche genannt werden muß und daß bureaukratische Allüren wenn irgendwo, dann im Auslande einer Milderung bedürfen? Bei der einseitigen bureaukratischen Ausbildung unserer Assessoren darf man sich über die Klagen gegenüber dem „Assessorismus“ gewiß nicht wundern, sie entbehren keineswegs jeglicher Berechtigung. Und sollte es denn wirklich so schwer sein, ihnen diese Berechtigung zu nehmen? Wäre es nicht möglich, durch eine universellere Vorbildung auch diese Härten abzuschleifen, in denen sich doch nichts als der alte Kleinstaat und die alte Kleinlichkeit widerspiegeln?

Um all' dem abzuhelfen, muß eben vor allen Dingen mit der bisherigen einseitigen Vorbildung unserer Beamten aufgeräumt werden, ihr Horizont muß erweitert, ihre Bildung internationaler, ihr Auftreten abgeschliffener werden. Mögen unsere auswärtigen Beamten immerhin Juristen sein — dagegen ist nichts einzuwenden — und mögen sie immerhin Assessoren sein — das ist gewiß unbedenklich (obschon es auch nicht mehr als eine Regel sein sollte, da der Staat sich keineswegs der Möglichkeit begeben darf, ausnahmsweise auch hervorragende geeignete sonstige Persönlichkeiten in seine Dienste und Interessen zu ziehen) —, aber sie dürfen nicht nur Juristen sein, sie müssen mehr sein! Nicht jeder Assessor ist schon als solcher geeignet. Man muß mehr fordern, als einseitig juristische Kenntnisse, vor allen Dingen eine so allseitige Vorbildung, daß man von unseren Beamten auch wirklich sagen kann, sie seien Weltmänner im besten Sinne dieses Wortes. Sollte das nicht zu erreichen sein? Könnten sich die zukünftigen Vertreter unserer Weltmacht nicht schon als Studenten etwas internationaler vorzubilden suchen? Könnten sie nicht von den vielen schönen Dingen, die für das Consulatsexamen auf dem Papiere stehen, sich Einiges anzueignen suchen? Und könnte man ihnen nicht während ihrer Referendarzeit durch Beschäftigung an Consulaten u. s. w. Gelegenheit zur Umschau in der Welt geben? Je mehr und je früher sie ins Ausland kommen, desto besser. Deshalb sollte man auch die Assessoren nicht so lange in Berlin festhalten. Dies könnte ja später mit denen, die man wirklich zu Ministerialbeamten erziehen will, immer noch geschehen. Mag im Uebrigen das Assessorexamen immerhin als äußerlicher Abschluß der Vorbildung gelten, obschon eigentlich nicht einzusehen ist, weshalb die gesetzlich bestehende Möglichkeit des Consulatsexamens nur als papierne Singularität bestehen soll. Aber ließe sich denn dieses Assessorexamen, wenn man nun einmal an demselben festhalten will, nicht dem Consulatsexamen etwas annähern? So gut, wie die Beamten der inneren Verwaltung getrennte Examina und getrennte Vorbereitung haben gegenüber den Beamten der Justiz, so gut sollte es auch für die Beamten der äußeren Verwaltung ein Examen und eine Vorbereitung geben, die den praktischen Bedürfnissen einigermaßen angepaßt wären. Warum giebt es keine Consulatsreferendare, die einen Theil ihres Vorbereitungsdienstes im Auslande absolviren, um dann in Berlin das Consulatsassessor-Examen abzulegen? So gut wie man Regierungsassessoren von Gerichtsassessoren unterscheidet, so gut sollte man von beiden die Consulatsassessoren unterscheiden können. Vorzüge des Assessorexamens und des Consulatsexamens wären so vereinigt und die aus einer solchen Vorbildungszeit hervorgegangenen jungen Leute wären jedenfalls in ganz anderer Weise für ihren Beruf geeignet, als dies jetzt der Fall ist. Statt daß sie erst in den dreißiger Jahren mit ihrer eigentlichen Vorbildung anfangen, würde dieser Anfang schon in die zwanziger Jahre zurückverlegt, und die Aspiranten würden dadurch mehrere Jahre für eine wirklich nutzbringende Vorbereitung gewinnen, die jetzt in einer für ihren zukünftigen Beruf nahezu nutzlosen Weise todtgeschlagen werden. Sie würden damit aber auch mehr wirkliche Neigung für einen Beruf gewinnen, der sicherlich geeignet ist, auch dem ideal Gerichteten hohe Befriedigung zu verschaffen, der aber andererseits auch Opfer verlangt, die zu bringen der ideallose Carrièremacher fehlen den inneren Beruf fühlen wird. Möchte man daher die Bedeutung des Gesagten nicht unterschätzen und möchte sich die Erkenntniß bald Bahn brechen, daß wir auch hier eine Aufgabe vor uns haben, die auf die eine oder andere Weise, früher oder später, erfüllt werden muß, da sie mitgehört — zu den Aufgaben einer Weltmacht!

Chinesischer Nativismus.

Aus Singapore, 8. August, wird uns geschrieben:

Wie sehr sich das chinesische Nationalgefühl durch die Ereignisse der letzten Jahre gesteigert hat, wird durch folgendes sehr interessante Vorkommniß, daß sich während der Anwesenheit des Prinzen Tschun hier zugetragen hat, bewiesen:

Die in den Straits Settlements geborenen Chinesen, die dadurch Angehörige der Colonie und britische Unterthanen sind, nehmen unter der hiesigen asiatischen Bevölkerung eine ganz besondere Stellung ein. Sie tragen zwar mit wenigen Ausnahmen noch den Zopf und eine halbchinesische Kleidung, geberden sich aber im Uebrigen als loyale Unterthanen des Königs von England. Es sind für sie Schulen eingerichtet, und sie haben die Möglichkeit, auf englischen Hochschulen sich weiter auszubilden. Sie sind auch als Mitglieder im hiesigen Sporting Club zugelassen. Einer von ihnen, der Honourable Dr. Lim Boon Keng, hat sogar Sitz im gesetzgebenden Rath der Colonie. Unter sich haben sie eine Vereinigung, die Straits Chinese British Association, die ihre Interessen wahrnimmt. Bei patriotischen Veranstaltungen treten sie ganz besonders hervor, und da sie vermöge ihres Reichthums — die reichsten Leute hier am Orte sind Chinesen — auch auf ihre eingewanderten Stammesgenossen großen Einfluß ausüben, wird ihnen bei solchen Gelegenheiten ganz besonderes Entgegenkommen gezeigt. Um so schmerzlicher war daher für englische Kreise die Ueberraschung, als dem Prinzen Tschun bei seiner Durchreise von dem größten Theile der Vorstandsmitglieder der Straits Chinese British Association im Namen der Babas (Bezeichnung der in der Colonie und den Malayenstaaten geborenen Chinesen) eine Adresse überreicht wurde, die Zeitungsberichten zufolge in deutscher Uebersetzung folgendermaßen gelautet hat:

Wir unterzeichneten, in den Straits Settlements geborenen Chinesen bitten unterthänigst Ew. kaiserl. Hoheit folgende Adresse zu Füßen legen zu dürfen: Obwohl unser Vaterland gegenwärtig nicht in der Lage ist, den Wettbewerb mit fremden Nationen auszuhalten, hoffen wir doch, daß es in Zukunft so gekräftigt und reich wird, um den anderen Staaten gewachsen zu sein. Da China das Heimathland unserer Ahnen ist, vergessen wir niemals, es zu lieben und zu ehren, und ebenso hoffen wir, daß die chinesische Regierung nie vergessen wird, daß wir echte Chinesen sind, obwohl wir in den Straits Settlements geboren wurden. Wir leben hier, nur um unseren Lebensunterhalt zu verdienen, aber wir leben vollkommen als Chinesen nach chinesischer Art und Sitte. Die englische Regierung behandelt uns ebenso gut wie ihre eigenen Unterthanen. Wir bitten, daß Ew. kaiserl. Hoheit nach der Rückkehr von Europa unserem Kaiser beistehen möge, geeignete Reformen einzuführen, damit unsere Regierung auf demselben Niveau moderner Cultur stehe, wie die anderen fremden Nationen.

Es erhob sich in den Zeitungen ein Sturm der Entrüstung, der sich besonders auch gegen den unter den Unterzeichnern befindlichen Honourable Dr. Lim Boon Keng richtete. Man hatte geglaubt, diese Leute seien stolz darauf, britische Unterthanen zu sein, und mußte nun hören, daß sie, selbst Dr. Lim Boon Keng, der als einer der Aufgeklärtesten gilt und der sogar keinen Zopf mehr trägt, von dem Kaiser von China als von „unserem Herrscher“, von den chinesischen Behörden als von „unserer Regierung“ sprechen, und daß sie sich hier nur des Erwerbes wegen aufhalten und die englische Regierung zu den „fremden Nationen“ rechnen. Einzelne Preßstimmen gingen sogar soweit, die Auflösung der Association, die officiell allerdings mit der Sache nichts zu thun hatte, zu fordern und die Nützlichkeit der Queens Scholarship, Stipendien zur weiteren Ausbildung in England, zu bemängeln. Auch wurde darauf hingewiesen, wie sich mit solchem Verhalten ein Vorschlag des Lim Boon Keng vereinigen ließe, hier eine chinesische Freiwilligen-Compagnie zu errichten, die doch dem König von England Treue schwören müßte.

Welche Stellung die hiesige Regierung zu der Angelegenheit eingenommen hat, ist nicht bekannt geworden, doch soll der Colonialsekretär Veranlassung genommen haben, die Unterzeichner zu einer Unterredung zu bitten, wo er ihnen wohl Einiges zu hören geben dürfte.

Jedenfalls wirft das Vorkommniß ein interessantes Licht auf die Ansichten und den Gedankengang der hiesigen chinesischen Kreise, und es zeigt, daß der Chinese, selbst wenn er sein Stammland niemals gesehen hat, doch in erster Linie stets Chinese bleibt und bleiben wird.

Der Krieg in Südafrika.

Man schreibt uns aus London, 18. September:

„Der 15. September ist vorübergegangen, ohne daß auf dem Kriegsschauplatze in Südafrika irgend welche Wirkung der famosen

Trotz-Proclamation

des britischen Generalissimus Lord Kitchener zu verspüren gewesen wäre, und einstweilen haben die Engländer nur wieder einmal den traurigen Ruhm eingeheimst, daß sie sich neuerdings mit ihren hochtrabenden Phrasen und großmächtigem Auftreten gründlich blamirt haben, wo sie trotz aller trüben Erfahrungen das gerade Gegentheil erwartet haben. Die Kitchener'sche Proclamation hat durch die tapferen Führer der Boeren die nöthige, würdige Abweisung erfahren, und auch noch nicht ein einziger Boer hat aus Furcht vor den britischen Drohungen freiwillig die Waffen gestreckt. Im Gegentheil, diese Drohungen haben zweifellos den entgegengesetzten Effect gehabt und den zähen Widerstand der Burghers ebenso wie ihre kühne Offensive aufs Neue gestärkt und nachdrücklicher gestaltet, so weit dies überhaupt noch möglich war, und so stehen die Engländer heute nach auf genau demselben Puncte, auf dem sie seit mehr als Jahresfrist gestanden haben. Lord Kitchener selbst muß in seiner letzten Summirung der britischen Heldenthaten rundweg zugestehen, daß in der Lage in der Capcolonie überhaupt nicht die geringste Veränderung stattgefunden hat, was natürlich heißt, daß die britischen Truppen nicht einmal mehr die üblichen „schneidigen“ Operationen ausführen und „glorreichen“ Siege erfechten, sondern daß die Boeren nach wie vor im weitestgehenden Maße thatsächlich Herren der Situation sind, riesige Districte der englischen Capcolonie occupirt halten und terrorisiren und sich und ihre Pferde dabei auf Kosten der britischen Colonisten oder des britischen Transportwesens unterhalten. Zum Ueberfluß kommen neuerdings Nachrichten, daß die Boeren im

Freistaate

wiederum alle Anstrengungen machen, über den Oranjefluß nach der Capcolonie vorzudringen und sich dort mit den noch vorhandenen Commandos zu vereinigen. Es ist zwar absolut nichts Genaues darüber bekannt, wo sich eigentlich Christian De Wet und Commandant Kruitzinger, die beiden Hauptführer der Freistaater, aufhalten und was ihre Vorbereitungen und Pläne sind, aber so viel steht fest, daß diese beiden Männer inzwischen nicht müßig gewesen sind, sondern sorgfältige und weiterreichende Vorbereitungen für einen weiteren Vorstoß nach Süden in britisches Territorium getroffen haben. Wann sie den Zeitpunct für gekommen erachten werden, endlich loszuschlagen und die Situation im Süden des Kriegsschauplatzes noch mehr zu Ungunsten der Engländer zu verschieben, ist vielleicht nur noch eine Frage von wenigen Tagen, denn nach den letzten Kabelnachrichten von Capstadt und Port Elizabeth u. s. w. deutet Alles darauf hin, daß sich im Süden des Freistaats wieder einmal große Dinge vorbereiten, welche die britischen Truppen zu stören oder zu verhindern nicht im Stande zu sein scheinen. Christian De Wet wird sicherlich ebenso plötzlich wieder auftauchen und sein brillantes Soldatengenie wieder spielen lassen, zum andauernden Aerger und Verdruß der Engländer.

Im Transvaal sieht es mit den Engländern nicht besser aus, denn auch dort sind die britischen Colonnen nicht im Stande, andere Erfolge zu erzielen, als große Viehheerden zu Paaren zu treiben, Nichtcombattanten, sowie Frauen und Kinder gefangen fortzuschleppen und vereinzelt stehengebliebene Farmen niederzubrennen. Dabei gelingt es ihnen selten, mit den Boeren dauernd in Fühlung zu kommen oder ihnen größere Verluste zuzufügen.

Mittlerweile haben bekanntlich Botha und Smuts (Letzterer in der Capcolonie bei Cradock) den Engländern empfindliche Verluste beigebracht.

* **Graafreinet**, 19. September. (Reuter-Telegramm.) **17 mit dem Commando Lotters gefangen genommene Aufständische standen heute unter der Anklage des Hochverrathes und des Mordes vor Gericht. 14 bekannten sich schuldig und baten um Gnade; der Rest wurde für schuldig befunden. Das Urtheil ist noch nicht verkündet.** (Wiederholt.)

* **London**, 20. September. (Telegramm.) **Die gestrigen schlimmen Berichte Kitchener's werden in den meisten Morgenblättern mit philosophischer Ruhe aufgenommen und die Vorgänge als lediglich bedauernswerthe Zwischenfälle bezeichnet. Die „Times“ messen den Meldungen aus Natal keine ernste militärische Wichtigkeit bei(!?). „Daily Telegraph“ findet Trost in der Betrachtung, daß die schlimmsten Niederlagen, welche die Deutschen im Kriege mit Frankreich erlitten, stattfanden, nachdem die Schlacht bei Sedan den Feldzug thatsächlich entschieden hatte. Gleichwohl wird die Befürchtung ausgedrückt, daß die Boeren durch ihre Waffenerfolge ermuntert werden, den Krieg fortzusetzen. „Times“ hoffen, die Regierung werde jetzt einsehen, daß der Krieg thatsächlich noch nicht vorüber sei und daß kräftige Maßregeln zu einer Abkürzung ergriffen werden müssen. — Es verlautet, Viljoen's Commando habe sich jüngst Botha's Truppen angeschlossen, während 14 kleine Commandos nunmehr im Oranjefluß und in der Capcolonie thätig sind. — Brüsseler Drahtungen melden, Krüger gedenke nun die Einmischung Amerikas zu Gunsten der Boerensache anzurufen, da Roosevelt angeblich boerenfreundlicher als Mac Kinley ist.**

Deutsches Reich.

⊠ **Berlin**, 20. September. (Wohnungsnoth und Wohnungspolizei.) Die Erkenntniß, daß die Wohnungsfrage vom socialen wie vom hygieinischen Standpuncte aus von der größten Wichtigkeit ist, bricht sich erfreulicher Weise immer mehr Bahn. In der Absicht, hier fördernd einzugreifen, hat die württembergische Regierung für alle Städte und Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern (insgesammt rund 100) die Einrichtung einer Wohnungsinspection angeordnet, und zwar für alle Wohnungen mit drei oder weniger Wohnräumen und solche, in welche Schlafgänger gegen Entgelt aufgenommen werden. Diese Inspection soll entweder durch besonders anzustellende Beamte vorgenommen werden oder durch Mitglieder der Ortsfeuerschau oder endlich durch Schutzleute. So anerkennenswerth diese Maßregel vom hygieinischen und sittlichen Standpuncte aus sein mag, so unterliegt sie doch mancherlei Bedenken; vor Allem aber ist sie in keiner Weise geeignet, der Wohnungsnoth abzuhelfen, in gewisser Weise wird sogar das Gegentheil davon erzielt werden. Die Maßregel ist denn auch, wie die „Sociale Praxis“ berichtet, besonders in den mittleren und kleineren Städten mit Mißtrauen aufgenommen worden und manche Städte suchen sich überhaupt der ihnen gestellten Aufgabe zu entziehen. Es ist dies nur zu natürlich. Die Abneigung der Bevölkerung gegen ein Uebermaß von Beaufsichtigung ist durchaus begreiflich, und wenn die beaufsichtigende Person sogar in die Wohnungen eindringen darf, so ist der Widerwille dagegen zu einem guten Theile berechtigt. Wir sind durchaus Freunde socialer und hygieinischer Maßnahmen, aber wenn man etwas erreichen will, so muß man sich nach Möglichkeit davor hüten, die Menschen zu belästigen, vor Allem aber in ihren Privatverhältnissen herumzuschnüffeln. Wie stark eine Wohnung mit Menschen belegt ist, läßt sich jederzeit aus den polizeilichen Anmeldungen und Abmeldungen entnehmen. Wenn nun Wohnungen, die beispielsweise mit Schlafburschen zu stark besetzt sind, gesperrt werden sollten, so wäre dies hygieinisch wohl berechtigt, gleichzeitig aber würde naturgemäß die Wohnungsnoth dadurch gesteigert und es würden zugleich die Wohnungen theurer. Nicht in der Beaufsichtigung der Wohnungsverhältnisse und noch weniger in der Sperrung können wir das Heil erblicken, sondern in der Schaffung ausreichender und billiger Wohnungen. Hierbei können die Gemeinden viel mehr und Positiveres leisten, als durch die Wohnungsbeaufsichtigung. Wenn die „Sociale Praxis“ beispielsweise meldet, daß in Calw eine Linderung der Wohnungsnoth durch den Bau zweier städtischer Gebäude und mehrerer Privatgebäude erhofft, in Pfullingen die Gründung eines Bauvereins mit städtischer Unterstützung angestrebt, in Göppingen der Bau- und Sparverein, der Wohnungen zu einem 10 bis 20 Procent billigeren Preise als dem bisher üblichen herstellen will, durch Uebernahme von Antheilscheinen durch die Stadt gefördert werde, in Reutlingen endlich der Bauverein 30 000 ℳ zu niedrigem Zinssatze vorgeschossen erhalten soll, so erblicken wir darin den Anfang zu einer gesunden Entwickelung. Denn durch die Schaffung neuer Wohnungen durch gemeinnützige Verbände wird nicht nur dem Wohnungsmangel abgeholfen, sondern es wird zugleich eine Concurrenz geschaffen, die die Hauseigenthümer zwingt, mit den Miethspreisen für mittlere und kleinere Wohnungen herunterzugehen, oder zum Mindesten nicht eine weitere Steigerung eintreten zu lassen, wie sie sich bisher, besonders in den größeren Städten, unaufhaltsam vollzogen hat. Ist aber die Wohnungsnoth durch die Erhöhung der Zahl und durch die Verbilligung der Wohnungen gelindert, so ergeben sich die durch die Wohnungsaufsicht beabsichtigten hygieinischen Vortheile von selbst. Man glaube doch nicht, daß die Ueberfüllung der kleinen Wohnungen durch Schlafburschen von den Wohnungsinhabern zum Vergnügen oder aus Geldgier herbeigeführt worden sei. Der kleine Handwerker und der Arbeiter mußten eben Schlafburschen aufnehmen, weil es sonst für sie ganz ausgeschlossen war, die immer höher werdenden Miethen aufzubringen. Mit der Sperrung überfüllter Wohnungen faßt man die Sache am verkehrten Ende an: man geht nicht an die Wurzel des Uebels, sondern an das aus dem Uebelstande sich nothwendig ergebende Resultat heran. Nicht durch polizeiliche Bevormundung, von der wir gerade genug haben, sondern durch positive Leistungen wird man den socialen Frieden herstellen. Der Wohnungsinspicient wird nicht versöhnend, sondern erbitternd wirken, und zwar nicht nur auf die Hauswirthe, sondern vor Allem auch auf die Miether. Ist es, wie in Reutlingen beschlossen worden ist, ein Schutzmann, so braucht ja gar kein Wort darüber verloren werden, wie das Eindringen dieses uniformirten Hüters des Gesetzes in die Wohnung empfunden wird; ist es, wie in Stuttgart geplant ist, ein Mann in ehrenamtlicher Stellung, so wird der Contrast zwischen der socialen Lage des Inspicienten und derjenigen der Inspicirten von den Letzteren oft genug bitter empfunden und vielleicht dem Inspicienten in unerfreulicher Weise zum Ausdruck gebracht werden.

÷ **Berlin**, 20. September. (Theater und Germanisirung.) In der Stadtverordnetenversammlung zu Königshütte gab es letzthin eine scharfe Auseinandersetzung wegen der Unterstützung des „Oberschlesischen Städtebund-Theaters“. Das Theater, das in einer Anzahl von Städten Vorstellungen geben soll, beabsichtigt, in Königshütte etwa 24 bis 30 Mal jährlich zu spielen und soll 1500 ℳ jährlichen Zuschuß von der Stadt erhalten. Darob große Erregung der polnischen und polenfreundlichen Stadtverordneten, von denen der eine so weit ging, die Zulassung ausländischer Schweine (!) zum städtischen Schlachthofe mit dem Theaterplan in Parallele zu stellen. Mit sehr erheblicher Mehrheit wurde indessen die Unterstützung für das Theater bewilligt. Wenn man die Verhältnisse in den oberschlesischen Städten kennt, die von der Natur sehr dürftig mit Reizen ausgestattet sind und in denen das Spiel und der Ungarwein eine sehr große Rolle bei dem „geistigen Genüssen“ spielen, so sollte man meinen, daß alle Stadtverordneten ohne Unterschied der Nationalität sehr dankbar dafür sein müßten, wenn für einen vergleichsweise sehr geringen städtischen Zuschuß die Möglichkeit eines vornehmeren und edleren Genusses geboten wird. Von dem moralischen Standpuncte aus ist also der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung nur zu begrüßen. Ob das Theater in nationaler Hinsicht viel nützen, d. h. ob es den Germanisirungszweck fördern wird, erscheint uns viel fragwürdiger. Die Geistlichkeit und die polnischen Agitatoren werden jedenfalls das Ihre dazu thun, um der polnischen katholischen Bevölkerung den Besuch des Theaters zu verleiden, und so wird der Theatersaal wohl fast ausschließlich von Besuchern gefüllt werden, die der Germanisirung nicht mehr bedürfen. Wir messen diesen Mitteln der Germanisirung in Oberschlesien ebensowenig Bedeutung bei, wie in der Provinz Posen. Der einzige Erfolg in dieser Hinsicht kann sozusagen nur ein negativer sein, insofern nämlich, als wenigstens die Deutschen durch derartige Mittel und Centren deutscher Cultur vor der Polonisirung bewahrt werden. Schon diese Möglichkeit scheint der „Köln. Volksztg.“ sehr unbequem zu sein, denn sie schreibt mit verbissener Wuth: „Nun fehlt nur noch ein Circus mit hakatistischer Tendenz, der Oberschlesien, Posen, Westpreußen u. s. w. besucht.“ Der Gedanke ist gar nicht so übel, nur ist ein Circus ziemlich theuer. Vielleicht aber ließe sich's machen, wenn die Herren von der „Köln. Volksztg.“ gratis ihre Clownspäße zum Besten gäben und wenn ein gewisser bekannter Centrumsabgeordneter ebenfalls gratis seinen berühmten Eiertanz zur Aufführung brächte.

A. M. C. **Berlin**, 20. September. (Entwickelung des internationalen Kabelwesens.) Das Netz der unterseeischen Telegraphenkabel der Welt ist seit dem letzten Jahre nicht unwesentlich gewachsen. Es hatte zu Anfang des Jahres 1900 eine Länge von 320 000 km, im Mai 1901 eine solche von rund 355 000 km. Das Wachsthum der Kabel ist in den einzelnen Jahren des letzten Decenniums ein verschieden großes gewesen. Den Höhepunct bildete 1900 mit rund 26 000 km, den Tiefstand 1895 mit 3300 km, insgesammt betrug die Vermehrung 1891/1900 rund 126 000 km. An der Spitze der Kabel besitzenden Länder marschirt nach den neuesten Daten nach wie vor England mit 236 000 km, Amerika verfügt über 55 000 km, Frankreich über 33 000 km und dann Deutschland über fast 15 000 km. Anfang 1900 hatte Deutschland erst 6200 km Kabellänge aufzuweisen, wovon 4200 km Eigenthum der deutschen Postverwaltung waren. 1901 sind in Regierungsbesitz 4882 km, in Händen von Privatgesellschaften 9731 km. In Privatbesitz sind in Amerika alle Linien, in Frankreich mehr als ⅔ der Kilometerzahl, in England von der großen Summe nur 8600 km Regierungskabel. Wenn der Bau der Unterseekabel für das deutsche Reich weiter derartige Fortschritte macht, wie im letzten Jahre, das mehr als eine Verdoppelung des Bestandes brachte, so gewinnt der Plan, den Frankreich für sich allein auch schon verfolgt, bald greifbare Gestalt, sich durch eigene Linien und unter Benutzung des ausgedehnten Netzes der Nordischen Telegraphen-Gesellschaft von dem Monopol Englands zu befreien. Gelingt dieser Plan, so wäre für Deutsch-